

Die Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, einschließliche der 75 Pf. einchl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Angabe der Zeitung eingetragene für unentgeltlich empfangene Mitbestellung wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Halle-Zeitung“ gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigenleitung, Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Redig. Nr. 1133.

Halle-Zeitung

Sechshundertfünfundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 240.

Halle, Donnerstag, den 26. Mai 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Angelengeld:
Die 8 gelbten 34 mm breite Mittelzeile ober deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Mittelzeile 2-30 Mark. Inseraten nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Angelengeldstellen. Erfüllungsort: Halle. Erhöht täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Geschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Erbe, Wilschkestraße 52 und Markt 24, Postfach-Rede Leipzig Nr. 4004.

Die Politik des neuen Reichskabinetts.

Neue politische Auffassungen Briand's. — Bayern zur Entwaffnung der Einwohnerwehren bereit. — Die deutschen Proteste wegen der belgischen Grenzregulierung abgelehnt. — Noch keine Ruhe in Oberschlesien.

Der Reichskanzler über die politische Lage.

Der Reichskanzler Dr. Wirth traf am Mittwoch auf der Durchreise nach Freiburg in Karlsruhe ein und begab sich in das Staatsministerium. Staatspräsident Traut begrüßte den Reichskanzler und betonte: Zum Wiederaufbau Europas müßten wir beitragen, was menschenmöglich ist. Ernstlich und ehrlich wollen wir an die Erfüllung dessen gehen, was die Anforderungen des übernommenen Ultimatum's ausfordern, und heute wiederholen wir der Reichsregierung die Erklärung, daß wir zu der von der Reichsregierung übernommenen Aufgabe uns ohne Vorbehalt bestimmen.

Reichskanzler Dr. Wirth führte darauf in einer Rede folgenden aus:

Ich bin nach Karlsruhe gekommen, um in offener Aussprache mit meinen ehemaligen Ministerkollegen die politische Lage zu besprechen. Ich bin glücklich, in meiner Heimat Männer gefunden zu haben, die in allen wesentlichen Punkten mit dem einig sind, was wir in Berlin erklärt haben. Ich hoffe, daß wenn ich in den nächsten Tagen Gelegenheit haben werde, die Regierung weiterer Länder anzuführen, ich dort dieselbe einmütige Auffassung über die Notwendigkeit der Stunde finden werde. Wir haben das Ultimatum mit Ja beantwortet. Es war notwendig, um der Freiheit des deutschen Volkes willen. Es war ein aufrichtiges, ein deutsches Ja und nicht etwa abendliche Erörterungen. Abendliche Erörterungen sind ein Jahr hindurch gegeben und gepflogen worden. Sie haben zu nichts geführt. Es war ein Ja, das ein Zeitalter der Leistungen einschließen soll. Leistungen allein können die Welt von dem guten Willen Deutschlands überzeugen. Wenn wir zwei Jahre zurückblenden, dann wäre es wirklich unrecht, nicht anzuerkennen, daß inzwischen sich doch einiges gebessert hat und wenn es unserer Industrie glückt, die Wiederbelebung der Wirtschaft und des Handels durch Förderung der Produktion, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen und in Deutschland dem hungernden Völkern wieder genügend Nahrung zu zuführen, so wird das deutsche Volk auch freiwillig beachtliche Leistungen aufbringen, um der Einheit willen. Wir haben Ja gesagt. Ich konnte mir nichts Schrecklicheres denken, als daß das mit der großen Industriegebiete Deutschlands, Rheinland und Westfalen, wo doch das Herz unserer ganzen Produktion schlägt, unter die Gewalt fremder Bajonette gestellt wäre. Ja glaube, daß die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Arbeiter von Rheinland und Westfalen selbst, uns dafür dankbar sein werden, weil wir ihrem Willen die Möglichkeit gegeben haben, in freier Arbeit als freie politische Staatsbürger das deutsche Volk gerade an der Stelle retten zu helfen, wo es am verwundbarsten ist. Wohl weiß ich, daß das Ja unermesslich in sich schließt. Es muß daher an den Willen aller appelliert werden, die überhaupt den Gedanken der Freiheit in sich aufnehmen können. Die Waffen werden wir zum großen Teil aus den Händen geben, um so mehr werden wir aber den Standpunkt des Rechts für das deutsche Volk betonen. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich auch dem Reichstag erklärt, daß es für uns unerträglich wäre, wenn die ober-schlesische Frage durch die Diktatur eines polnischen Injuranten gelöst werden sollte. Wir verlangen, daß das durch den Friedensvertrag gewählte Recht zur Geltung kommt, wonach das Plebiszit in Oberschlesien als Ausdruck des intimsten demokratischen Lebens in Deutschland von allen Völkern geachtet werden muß. Wir wollen zeigen, daß wir gemüßt sind, aufrichtig und ehrlich auf klar vorgezeichnete Bahnen Politik zu führen, untertützt von dem größten Teil unseres Volkes. Alle Kreise werden Opfer bringen müssen. Ich weiß nicht, ob alle Kreise des deutschen Volkes wirklich Opfer gebracht haben. Wenn man da und dort durch die deutschen Länder geht und den Freuden des Tages die Freuden des Tages sieht, dann darf man nicht verlangen, daß in der begünstigten Zeit der Arbeit alle Kreise unseres Volkes sich, was die Lebenshaltung betrifft, in solchen Bahnen bewegen, daß es erträglich ist gegenüber den Leistungen, die alle auf sich nehmen müssen.

Wir wollen nicht auf einen neuen Krieg eingehen. Wir wollen jetzt die Freiheit, die uns die Arbeit gibt. Ich rufe also nicht auf zum Schmieden neuer Waffen, sondern ich rufe auf zu einem Betreten des Rechts und einem Bekenntnis zu einer freien und großen Arbeitsleistung. Wir wollen dies zu organisieren versuchen. Wir wollen uns nicht in losen politischen Zusammenhängen verlieren. Im Gegenteil, die Gedanken der Nation, ihrer Führer, die sollen uns auch jetzt leiten, wenn wir durch Arbeit eine neuen Freiheit entgegengehen sollen. Ich bitte Sie alle, die Sie guten Willens sind, die Regierung auf diesem Wege zu unterstützen. Jeder ist willkommen; keiner ist ausgeschlossen. Die Türen sind für niemand zu, wer an

des Vaterlandes Freiheit durch Arbeit mitwirken will. Aber irgendwelche wilde Formen des Ausdrucks politischer Betätigung, außerhalb des Rahmens des Gesetzes gar, die außerordentlich uns nur in Schwierigkeiten bringen, müssen wir unbedingt ablehnen. Auf dem Boden des Rechts, auf dem Boden der Arbeit vorwärts und so Gott will wieder einmal aufwärts, einer neuen Zeit entgegen. (Beifall.)

Am Nachmittag fuhr der Reichskanzler nach Freiburg, um dort seiner Mutter einen Besuch abzustatten. Er wird das heutige Freitagsmorgens in Freiburg begehren und dann nach Berlin zurückkehren.

Dr. Wirth über Oberschlesien.

Ein Mitarbeiter der „Deutschen Allg. Ztg.“ hat den gestern in Freiburg i. B. weilenden Reichskanzler um eine Äußerung zu dem auf Oberschlesien bezüglichen Teil der Rede des französischen Ministerpräsidenten. Der Reichskanzler erklärte eine folgendes: Ich erkenne an, daß die Rede des französischen Ministerpräsidenten auf einen maßvollen Ton abgemildert ist; in der Sache aber geht Herr Briand bei der Begründung der polnischen von Frankreich unterstützten Ansprüche von Voraussetzungen aus, denen die Tatsachen teilweise widersprechen. Ein historischer Anspruch der Polen auf Oberschlesien besteht nicht, denn Schlesien ist nicht, wie Herr Briand meint, vor 600 Jahren durch Gewalt an Deutschland gekommen, sondern es ist vor 900 Jahren gewaltlos von Polen erobert worden, und 200 Jahre später, also vor 700 Jahren, hat es sich infolge des Verzichts des polnischen Großherzogs Vladislaus Wasilow, also auf völlig freiem Wege, von Polen getrennt. Wenn die Polen, wie Herr Briand weiter behauptet, zur Zeit der Pariser Verhandlungen von 1919 starke Gründe für den Glauben hatten, daß die Abtretung zu ihren Gunsten ausfallen würde, so jähren diese Gründe wieder auf der früheren mittelalterlichen Vergangenheit noch auf der jüngsten Vergangenheit, denn bei der letzten Reichstagswahl vor dem Kriege hatten die Polen in Oberschlesien kaum 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, die Deutschen 70 Prozent. Vielleicht haben die Polen aus dem Grunde bei den Verhandlungen von 1919 ausdrücklich das Abstimmungsrecht der Emigranten verlangt, weil sie hofften, das durch die Stimmenmehrheit zu erlangen. Wenn sie sich in dieser Richtung getäuscht haben, und wenn die auswärtigen Stimmberechtigten in ihrer Wehrkraft für Deutschland eingetreten sind, so kann nur der geringen Voraussetzungen der Polen, nicht aber den Deutschen ein Vorwurf daraus gemacht werden. Im übrigen sei es selbstverständlich nicht zurecht, wenn Herr Briand alle überhaupt von Emigranten abgegebenen Stimmen den Deutschen zuzählt, denn unter jenen befinden sich selbstverständlich auch eine große Anzahl von Auswanderern, die für Polen gestimmt haben. Die Polen haben keinen historischen Anspruch auf Oberschlesien. Sie haben nach dem Abstimmungsergebnis keinen Anspruch auf Oberschlesien, denn die deutsche Mehrheit von fast einer Viertelmillion Stimmen läßt sich nicht fortbispizieren. Sie haben moralisch keinen Anspruch, da sie mit dem Zustand der Gewalt an die Stelle des Rechts zu setzen gesucht haben, und sie haben nicht auf sich zu nehmen, weil die ober-schlesische Industrie von den Deutschen geschaffen ist, und weil nach dem Urteil der berufensten nichtdeutschen Fachmänner die Polen diese blühende Industrie nicht zu erhalten, geschweige denn weiter zu entwickeln vermögen. In dem Wunsch finde ich mich aber mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammen, daß die Rechte der Emigranten in der deutschen Regierung, die sich so außerordentlich zurückhaltend in dieser Frage aufweist, so erhebliche Opfer gebracht hat, darf auch darauf rechnen, daß die entgeltliche Regelung der ober-schlesischen Frage in objektiver und gerechter Weise erfolgen wird. Etwas anderes als dies verlangt sie nicht.

Die ober-schlesische Frage.

Der Kommandeur Wentscher, über dessen Werbetätigkeit für eine angebliche freiwillige Abgabe der Bevölkerung, in Westfalen für verbotene Freiwilligenverbände an der belgischen Grenze, gestern befragt wurde, ist auf Veranlassung der Reichsregierung verhaftet worden.

Wie die Berliner Blätter melden, müßten die Franzosen Maslowitz und das bisher besetzte Gebiet räumen. Die Stadt wurde von den polnischen Injuranten besetzt. Auch für die übrigen ober-schlesischen Industriegebiete hat sich die Gefahr weiter vergrößert. Im Rattowitz wurden die Außenpostierungen und Feldwachen der Franzosen eingezogen und in die Stadt verlegt. Nach einer Meldung der „F. Z.“ sind bei den Kämpfen um die Dissa-Brücke Warschauer Studentenkompagnien festgesetzt worden. Bei der Räumung von Groß-Stein haben die polnischen Injuranten die Läden und Wohnungen der Deutschen geplündert. Auch das Schloß des Grafen Strachwitz in Studendorf ist von den polnischen Banden vollständig ausgeräumt und darauf in Brand gesteckt worden.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Breslau ist nach dem Eintreffen der neuen Hunderttausender der Schutzpolizei an der ober-schlesischen Grenze ein Uebertritt von Freiwilligen über die Grenze nicht mehr möglich. Gegen eine Werbefelle des freikörper Oberland ist eingeschritten worden. Einer Meldung des „F. Z.“ zufolge haben die Angehörigen des bayerischen Korps

Oberland beschossen, wieder nach Bayern zurückzukehren. Die Drahtverbindung mit dem Jura in Frankreich ist nach wie vor unmöglich. Aus Rattowitz in Doppeln eingetroffene Berichte über die großen Reiben der dortigen Bevölkerung. Im Kreise Rottweil unternehmen die Aufständischen mehrere Vorstöße. Lomohau und Wodow wurden von ihnen besetzt. Ein weiterer, mit starken Kräften geführter Vorstoß aus der Gegend von Zembowitz auf Neuburg (Schleier). Die Aufständischen müßten schließlich den Bahnhof Zembowitz räumen. Die Injuranten wurden bei ihrem Vorbringen durch einen polnischen Panzerzug untertützt. In der Gegend von Kofel haben sich die polnischen Banden vergrößert. Bei Dolschowitz und Januschkowitz tam es zu heftigen Schießereien. Die Polen verwenden dabei auch Minenwerfer. Auch aus dem Kreise Rattow werden mehrere Zusammenstöße gemeldet. Die Agnitzer Chaussee sowie die Straße von Lubowitz nach Bregensitz wurden stark beschossen. Eine gegen Rattow über die Oder vorgehende polnische Bande konnte vertrieben werden.

Die Entwaffnung.

Wie man aus München meldet, hat sich in den Verhandlungen der Regierung mit den Koalitionsführern der Koalitionsparteien über die Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren völliig Uebereinstimmung darüber ergeben, daß die Entwaffnung im Einklang mit den Grundsatzbestimmungen des Artikels 111 des Reichsvertrages von 1919 zu erfolgen hat, und daß die Koalition in Aussicht genommen hat, und daß die Entwaffnung ab über die Mittel, die zur Durchführung dieser Maßnahmen angewendet werden sollen. Die Koalitionsführer erklärten sich mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten voll einverstanden. Am Freitag wird ein deutscher Ministerrat über die Entwaffnungsfrage stattfinden. Darauf wird am gleichen Tage oder am Sonnabend der Ministerrat im Haushaltsausschuß des Landtages über die Einwohnerwehrrage Erklärungen abgeben.

Briand im Kreuzverhör der Pariser Kammer.

(Fortsetzung aus dem Morgenblatt.)

Im weiteren Verlauf der getrigen Kammerung erklärt sich Abg. Begoux von der Erklärung Briand's befriedigt. Es spricht lobend Abgeordneter Lacotte von der überhöhen Reden, die sich gegen die englische Politik wendet, was eine Kritik der Kammerpräsidenten hervorruft. Auch Ministerpräsident Briand legt die Ministerien Frankreichs fest, intelligenter und harter genug, um gewisse Meinungen gewisser Deputierter auf das rechte Maß zurückzuführen. Der Abgeordnete Lacotte führt jedoch für England klar anzugreifen. Er wird deshalb vom Kammerpräsidenten zur Ordnung gerufen, greift jedoch Lord George und den Präsidenten Wilson weiter an, so daß der Präsident droht, ihm das Wort entziehen zu lassen. Lacotte antwortet, werde eine Pflicht bis zum äußersten tun; schließlich erklärt er, er und seine Kollegen würden der Regierung das Vertrauen verweigern.

Das Wort ergreift alsdann Abgeordneter Joseph Barthélemy. Er erklärt, man müsse das Ultimatum, das Deutschland angenommen habe, als ernstes Ereignis ansehen. Er finde es nicht recht, daß man sich der Reparationskommission bediene, um eine Scheidewand zwischen der Regierung und der parlamentarischen Verantwortlichkeit aufzurichten.

Ministerpräsident Briand erklärt, das sei nicht seine Gewohnheit, aber er habe ja der Kammer erklärt, daß, wenn man zum Vertrag zurückkehre, das nicht nur Vorteile bringe, enthalte doch der Vertrag eine Paragrafen, der der Reparationskommission das Recht gebe, einen Teil der deutschen Schuld zu räumen und Änderungen an den Zahlungsbedingungen vorzunehmen. Abgeordneter Barthélemy sagt, Ministerpräsident Briand habe die Kammer vor ein fait accompli gestellt. Briand antwortet, er legt die Verantwortung über sich. Er könne ihre Verantwortlichkeit übernehmen. Abgeordneter Barthélemy erkennt die Nichtigkeit des Standpunktes des Ministerpräsidenten an, aber er wünscht Aufklärung, ob das Londoner Abkommen in der Zukunft Sanktionen vorsehe, im Falle Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle.

Ministerpräsident Briand gibt folgende Erklärung ab: In London haben wir eine Erklärung abgegeben, die Deutschland mitgeteilt werden mußte, und die alle Befehlungen des Schuldners feststellte. Es war genau bestimmt worden, daß Deutschland mit einem Ja oder einem Nein antworten müsse, und wenn eine der Bedingungen zurückgewiesen würde, würden die Willkürer alle ihre militärischen und maritimen Mittel bereithalten, um Genugtuung zu erlangen. Jetzt frage man, was geschehen werde, wenn Deutschland noch einmal seine Verpflichtungen nicht erfülle. Man frage, ob eine neue Zusammenkunft des Obersten Rates nötig sei, bevor man die Sanktionen ausführe. Wenn es sich um eine Befehlung handele, von der in der Erklärung von London nicht die Rede sei, dann ja. Denn das ist eine Notwendigkeit, um den Vertrag zu erfüllen. Wenn der Reichstag nicht zu einem Beschluß kommen könne, dann müßte der Oberste Rat die Entscheidung treffen. Aber wenn es sich um Tatsachen handele, die in der Erklärung verzeichnet seien, hinsichtlich deren Deutschland Beweise der Nichterfüllung zeige, dann müßte Frankreich wie die anderen Mächten diese Befehlung beschließen und dann beschäfe für jeden von ihnen das

Recht, zur Ausführung der Funktionen zu freieren. Ein Abgeordneter muß bestätigen: Das ist ein Recht, aber keine Pflicht. Brand überlegt: Ich weiß, was Sie mit meine Aufgabe nicht! Wenn alle die deutsche Bevölkerung an der Erklärung von London teilgenommen, dann würde die französische Regierung und die englische und belgische Regierung, und ihren Willen zum Handeln auszusprechen und sie erklären, das gleiche zu tun. Durch dieses Telegramm würden die Verbindungen in den Sinn gelegt, mit Frankreich zu handeln. Von der rechten Seite wird gerufen: Und wenn sie nicht marschieren, Brand hat die Erklärung nicht mit sich genommen, daß das ein einseitiger Entschluß ist, den die vorgelegene Sanction entgegen will. Wenn wir gehen infolge einer Erklärung Deutschlands ins Auge hätten fallen müssen und die Städte Aachen, Düsseldorf und Duisburg besetzen, hätten die englische und belgische Regierung lokal den Befehl erteilt, daß ihre Truppen sich den französischen anschließen. Das ist nicht das Recht, daran zu zweifeln, daß das Wort nicht beiseite sein werde. (Beifall.) Sie haben nicht das Recht, einen Beweis für eine militärische Abweisung zu geben, und ich habe nicht das Recht, in Zweifel zu ziehen, daß unsere Missionen, selbst wenn eine besondere Situation ihnen die notwendigsten Operationen erleichtert, an unserer Seite sein werden. Aber selbst wenn sie sich in einer Lage befinden würden, die ihnen nicht gestattet, das zu tun, dann könne Frankreich mit eigenen Mitteln, also allein, vorzugehen, ohne dadurch gegen seine Verbindungen zu handeln. Das sei der große Unterschied zwischen der Politik der Regierung und dem Handeln der Abgeordneten, daß die Regierung unter dem Vorbehalt der Genehmigung unter dieser Voraussetzung handeln könne, während die Abgeordneten die Befugnisse der Regierung nicht haben, sondern nur die Befugnisse der Abgeordneten ausüben. Das ist das Wesentliche.

Der Abgeordnete Bachelme erklärt, die in London vorgelegene Abhandlung und das Ultimatum müssen eine Prüfung unterworfen werden, und daß ein einseitiger Entschluß, seinen Export zu verweigern. Er glaubt auch, daß es sehr schwer sein werde, die Obligationen unterzubringen. Selbst London habe zugegeben, daß es schwierig sei, einige Milliarden von Amerika zu erhalten, wenn diese Obligationen als Garantie dienen. Sei es denn nicht noch für den französischen Staat, die Befugnisse von Deutschland zu erlangen?

Der Abgeordnete Redau interpretiert Briand über die oberflächliche Frage. Er ist einer der Abgeordneten, die in Oberfrankreich waren, um die Volksabstimmung beizubringen. Er wundert sich, daß jemand erklärt, er wolle den Friedensvertrag von Versailles annehmen, und daß er irgendwas macht, darüber bespreche, was Oberfrankreich über die Volksabstimmung zu sagen haben werde. Er befragt dann die deutsche Seite, die englische und die französische, wie sie Briand gestern vorgebracht hat. Es entsteht also eine Diskussion über die außerhalb Oberfrankreich Wohnenden zwischen dem Redner, dem Ministerpräsidenten und dem Abgeordneten Redau.

Briand sagt, er habe nur eine Entscheidung der interalliierten Kommission zu vergleichen, das gleiche sei aber nicht der Fall für die Festlegung der Grenzlinie und für die Auslegung der Bestimmungen. Er nehme die Verantwortung für eine Frage an sich, die nicht zu beheben wäre, wenn man die Oberfrankreich als einseitigen Entschluß des Deutschen Rates seinerzeitigen Votum zugestanden hätte.

Der Abg. Tardieu will erwidern, aber vom Kammerpräsidenten daran gehindert. Der Abg. Redau bedankt sich bei den Ministerpräsidenten, ersucht den französischen Standpunkt beizubehalten und die französische Forderung, Widerstand zu leisten. Schließlich spricht er von deutschen Wandern, die angesprochen worden seien, um die Volksabstimmung zu fällen. (1) Falsche Nachrichten seien namentlich über die Besitze der polnischen Wälder verbreitet worden. Daraus seien angewendet worden auf die Besitze in den polnischen Wäldern, die angeblich die Angehörigen der Oberfrankreich zu besetzen. Das besage man, denn der industrielle Wert des Landes sei bedeutend.

Nach dieser Rede wird die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr vertagt.

Die neue Alliierten-Konferenz.

Nach einer Meldung aus Paris ist die Konferenz von Paris heute auf den 15. Juni festgesetzt worden. Die Reporter erfahren, daß die Rede Briands in maßgebenden Kreisen Londons einen ausgezeichneten Eindruck

gemacht. Die Lage in Anbetracht der Beziehungen zwischen Frankreich und England wird hier durch die Rede und durch die betrieblige Haltung der deutschen Regierung, die in dem erneuten kategorischen Verbot der Bildung von Freiwilligenverbänden zum Ausdruck kommt, als sehr gebessert betrachtet. Die englische öffentliche Meinung begrüßt die Mitteilung, daß die französische Regierung ihre Befriedigung über die Haltung der deutschen Regierung ausgedrückt habe. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die französische Öffentlichkeit sich vergegenwärtigt, wie sehr wichtig es ist, die der englischen Regierung zur Herbeiführung dieses Ergebnisses in der vergangenen Woche unaufhörlich gemachten Vorstellungen gewesen sind.

Die deutsch-belgische Grenzregelung.

Der Präsident des Botshofrates in Paris hat unter dem 3. Mai dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation eine Note in Sachen der deutsch-belgischen Grenzkommission als Antwort auf die Noten der Friedensdelegation vom 2. November 1920 und vom 7. Februar 1921 und 23. März 1921 übermitteln, in denen die Gründe auseinandergesetzt waren, die nach Ansicht der deutschen Regierung die Ungültigkeitserklärung gewisser, von dieser Kommission erstellter Maßnahmen erforderlich machten. In der Antwortnote wird erklärt, daß der Botshofrat mit der größten Sorgfalt die vorgelegten Argumente geprüft habe. Was die Belgien zugespochene Eisenbahntrasse Raeren-Rattenberg der Monshauer Bahn betreffe, so entspreche die Entscheidung der deutsch-belgischen Grenzkommission dem Geist und dem Wortlaut des Vertrages von Versailles und sie nach sorgfältiger Prüfung der örtlichen Verhältnisse getroffen worden. Da die Friedensdelegation keine neuen Tatsachen vorgebracht habe, könne der Botshofrat nur die Rechtmäßigkeit der Entscheidung bestätigen. Den im Schreiben des Botshofrates vom 29. März v. J. aufgestellten Bedingungen, die Belgien aufzuerlegen waren, um die wirtschaftlichen Interessen der Bewohner des Kreises Monshau zu berücksichtigen, sei, wie aus dem Bericht der Grenzkommission hervorgehe, weitgehend Genüge geschehen. Das von der Grenzkommission festgelegte Verfahren könne auch auf andere Punkte der Grenze Anwendung finden, nämlich auf die Gegend südlich von Aachen. Die Weiterverfolgung dieser Arbeit sei durch die Abtretung des westlichen Teiles des Gebietes vollstommen gestoppt. Der Geflüchteten, einen Wechsel der Staatsangehörigkeit der Bewohner zu verweigern, habe zur Bildung deutscher Enklaven an der Monshauer Bahn geführt. Lediglich diesen Gesichtspunkt habe die Grenzkommission für das seitens Belgiens an Deutschland abgetretene Gebiet nicht berücksichtigt. Was die Eisenbahnlinie von Herzetal betreffe, so bestehe keine zureichende Grundlage, Deutschland eine Eisenbahnlinie abzutreten, die ständig auf belgischem Gebiet liege. Die Abtretung von Gelände für die Erziehung eines Zöllbahnhofs bei Konheide und Botshofrat genehmigt, den Interessen Deutschlands zu entsprechen. Die von Deutschland abgetretenen Gebiete besäßen zwar einen erheblich größeren Umfang, aber einen geringeren Wert als die, die Deutschland zugewandt. Wenn man allen Anträgen der deutschen Regierung stattgeben würde, würde Deutschland der gesamte nördliche Teil des Kreises Eupen mit ungefähr 12 000 Einwohnern zurückübertragen sein. Der Botshofrat erachte daher keinen Grund für vorliegend, auf diese Entscheidungen zurückzukommen, die für die beteiligten Mächte verbindend sind.

Die vorstehend im Auszug wiedergegebene Note bildet die Antwort auf eine Reihe deutscher Noten und eine deutsche Deklaration, in der der Nachweis erbracht worden war, daß die Grenzkommission den Versäulter Vertrag verletze und ihre Befugnisse überschritten hätte, indem sie annähernd den dritten Teil des Kreises Monshau mit seiner einzigen Bahn zu Belgien schlugen

wollte, abgesehen von dem Anspruch auf die Kreise Eupen und Walmedy hat und der Kreis Monshau im Vertrag überhaupt nicht erwähnt wird. Weiter war deutschseits auf die praktische Unmöglichkeit der von der Grenzkommission ins Auge gefaßten Grenze hingewiesen worden, die ein riesiges Durchdringen von Enklaven, darunter Enklaven von nur wenigen Hektar Fläche, nach sich hätte ziehen würde. Auf die durch eine solche Enklave verursachte wirtschaftliche Beweise stützten deutschen Ausführungen wird in der vorliegenden Note des Botshofrates ebenfalls eingegangen, wie auf den Kernpunkt der deutschen Note, nämlich den Vorbehalt, die Streitfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Die deutschen Marknoten in Belgien.

Im Laufe der belgischen Kammerberatung über das Budget gab der Finanzminister eine Darstellung der Entstehungsgeschichte der Markfrage und des mit Ertragsergebnissen abgeklärten Abkommens. Die für Belgien infolge der Einführung des Zwangsurlofs der Mark während der Besetzung entfallende Schädigung sei im Friedensvertrage nicht anerkannt. Belgien müsse daher direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung führen. Da diese jedoch ein Zeugnis ihrer Unfähigkeit abgelegt habe, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so dürfe man annehmen, daß sie sich von der für Belgien bestehenden Notwendigkeit, die Frage der in seinem Besitz befindlichen Marknoten zu regeln, Redenshaft geben werde.

Der Wiederaufbau Frankreichs.

Gestern vormittag empfing Briand die Mitglieder des Büros des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, denen sich mehrere Parlamentarier anschlossen. Der Präsident des Ausschusses, der sich dementsprechend von dem C. G. S. organisierten Kongress gebildet worden ist, jedoch eine durchaus selbständige Körperlichkeit darstellt, wies auf die traurige Lage der gefährdeten Bewohner hin, die sich mit Verpflegung nicht mehr begnügen wollten, sondern von der Regierung energische Maßnahmen für den Wiederaufbau verlangten. Der Sekretär des Ausschusses, Doucède, erinnerte an die auf dem erwähnten Kongress gefassten Entschlüsse und verlangte, daß falls möglich, in dem besonders schwer verunheilten Gebiet der sogenannten roten Zone ein Beschluß mit der deutschen Regierung in Form eines Abkommens über den Wiederaufbau durchzuführen sei. Briand sagte, er könne keine Vorbesicht für die Verwendung der deutschen Marknoten und ebenso für die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte unter der doppelten Voraussetzung, daß es sich um gelehrte Arbeiter handle und daß die Arbeiterschaft der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der früheren alldutschen Regierung nicht in Frage gekommen sei, könne jetzt vermieden werden können. Er glaube tatsächlich an die Möglichkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkanntswürdigen Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innezuhalten. Briand sagte, er stehe einem sofortigen Beschluß der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der roten Zone günstig gegenüber. Er schloß, er habe den Wunsch, dem Wunsch in Erfüllung zu stehen, und würde nicht unterlassen, auch die Beschlüsse der Regierung mitzuteilen.

Das Urteil im Prozeß Heynen.

Im Prozeß gegen den Kriegsgeheimdienst Heynen wurde heute vormittag 9 Uhr das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung, Verleumdung und verjährungsloser Behandlung Untergebener zu insgesamt zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die kritische Unteruchungssache wird auf die Strafe angerechnet.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, 27. Mai. Inhalt: Seine Konfession. Roman von Fritz Ganser. — Der Vater. Von A. Rissler. — Kleine Bildchen. Von Gustav Schiller. — Das Gold der Weisheit. Von Landgerichtsdirektor G. A. — Besondere Heimtude von Professor Waller. — Sämtl. Zeitung. — Literat.

Paul und Liesbet.

Eine Alltagsgeschichte von Martin Heudtrower.

(Nachdruck verboten.)

Paul ist ein schneidiger junger Mann. Gut gewachsen, lachende Augen, feineswegs dümmel. Aber ein Leichtsinn, Tanzen, Schwadronieren, flott leben. Er ist keiner von denen, die einjam sein können.

Liesbet ist ein hübsches junges Mädchen. Große, graue, perlschöne Augen, eine feine Nase, ein schlanker, eleganter Wuchs. Aber ein wenig kleinlich und heimlich. Wenn sie im Gespräch der Eltern bis zwei Uhr dem Balls war, dann kommt sie sich leicht und leichtfertig vor.

Paul lernt die Liesbet kennen und macht ihr den Hof. Weil sie ein hübsches Mädchen ist, liest er sie. Weil er galant und sark und aufmerksamer als ihr, liest sie ihn.

Mit dem Intimität der Liebenden erkennt sie, daß sie ihre Engherzigkeit vor ihm verbergen muß. Wenn sie mit ihm zusammen ist, dann verzieht sie das Verjournen, das Verträumen, das Einmalweisbedürfnis, das sie sonst auszeichnet. Wenn sie mit ihm zusammen ist, dann mariniert sie die Platte, Schide, Leichtsinn; dann erscheint sie als Eine, die sich nicht genug um kann in Vergnügen und in leuten Tölichkeiten, in exaltierten Tänzen, als Eine, die überall und immer flirrt. Die es nicht so genau nimmt mit den Erbgrößen der Großmutter und der Tanten.

Mit dem Intimität des Liebenden erkennt er, daß er seinen Leichtsinn, sein Schuldenmachen, seine Engherzigkeit vor ihr verbergen muß. Er markiert den Stillen, Einamen, den Stillen, den Gefährlichen. Seine Anzüge lind, wenn man ihn sehen hört, billiger als die aller anderen. Wenn alle Luft haben, zum Rennen zu gehen, so liebt er lieber aufzuwachen und liegt ein gutes Buch. Keine durchzumachen? Geh, als ganz junger Student —, aber heute? Nein, vom Summen ist er kein Freund.

Mit der Schmeichelei der Liebenden hofft sie, daß sich ein feines Gefühl ihre erbärmliche Schmeichelei und der Mangel an Unternehmungsgabe befehen werden und daß sie an seiner Seite aus sich herausgehoben lernen wird.

Mit der Schmeichelei der Liebenden hofft er, daß er an ihrer Seite folbter und ruhiger leben wird und daß sie seiner Unternehmungsgabe zu seinem Wohl die Jügel antagen wird.

Beide sind es zufrieden, wenn beide auch in Unterbewußtsein fühlen, daß der Kampf gegen sie wird in der Ehe.

Beobachtungen, Erfahrungen und Grundungen lassen aber die Eltern heider, die Eltern Pauls und die Eltern Liesbets, zur Überzeugung gelangen, daß die beiden jungen Leute nicht zueinander passen. Pauls Vater legt dem Sohn auseinander, daß Liesbet durchaus kein wohlhabendes Mädchen sei, daß Paul als werdender Beamter auf Vermögen setzen muß, ferner daß Paul für die Dauer mit einer stillen und die gleichenden Frau nicht glücklich sei, daß aber Liesbet bei all ihrer Charakterist nicht als ein höchst simples Mädchen sei.

Liesbets Vater sagt der Tochter auseinander, daß Paul ein leichtsinniges Burschen sei, daß er sich nicht des besten Rufes erwecke, daß er Schulden bis dorthin habe und daß er nicht der Mensch sei, ein stilles und bescheidenes Mädchen glücklich zu machen.

Paul und Liesbet werden kühler zueinander, allmählich gehen sie sich aus dem Wege. Und dann heiratet Liesbet. Einen behäbigen, wohlhabenden Chemikalienhändler, einen fleißigen, nachrücken Menschen, der seine Frau lieb hat und mit ihr in jeder Hinsicht zufrieden ist. Er pflegt abends um neun Uhr zu Bett zu gehen. Wenn Liesbet dann noch eine Stunde mit offenen Augen daliegt, dann denkt sie gerne an Paul. Ein Zufuhr entringt ihr ihrer Brust und sie ist ihrem Vater gram, der sie von Paul getrennt hat. Was hätte sie mit Paul für ein abwechselndes und frohes Leben geführt! Sie fühlt es: Mit Paul wäre sie jetzt sehr glücklich geworden.

Und dann heiratet auch Paul. Die Tochter eines reichen Fabrikanten, der allerdings keinen guten Namen hat. Die verwöhnte Tochter ist flott und schid. Und je toller es in einer Weltlichkeit zugeht, desto lieber ist es ihr. Die Jungfrau des Schwiegeraters reihen allerdings nicht aus. Und Paul und seine Frau haben mit ständig wachsenden Schulden zu kämpfen. Trotzdem kommt die junge Frau täglich mit neuen Wänschen, Schmuck, Pelzen, Hüten, Kleiden. Und wenn Paul, der von gesellschaftlichen Pflichten derart in Anspruch genommen ist, daß er keine Karriere machen kann, vor Sorgen keinen Ausweg mehr weiß, dann denkt er schmerzlich an Liesbet und groß seinem Vater, der ihn von dem Mädchen abdrückt. Einmal in seine Heimat, sagt er sich, hätte er ein stilles, vernünftiges Leben führen können, hätte er keine Schulden gemacht; er hätte gearbeitet; er hätte Freude an seinem Beruf gehabt und er wäre ein glücklicher Mensch geworden.

Ehe oder Tod?

In Gotha erschien vergangene Woche vor dem Standesbeamten ein junges Paar, um sich trauen zu lassen. Als der Standesbeamte dem jungen Mann die Frage vorlegte, ob er die Braut zum ehelichen Jungweib beiraten wolle, begann sich der Bräutigam einen Augenblick, um dann in bebauendem Ton

„Nein“ zu sagen. Die verunglückte Trauung wurde in der Stadt schnell bekannt und der junge Mann habe unter dem allgemeinen Mißfallen sich zu finden, daß er beschloß, sich das Leben zu nehmen. Am Abend teilte er sich an der Zeit, um sich zu erlösen. Aber auch hier hatte er kein Glück. Er wurde von mitleidigen Seelen aus dem Wasser gezogen. Der Unglückliche hatte nun einen kleinen Vorschmack von beiden Zuständen erhalten, von der Ehe und vom Tode. Von beiden Welten schien ihm die Ehe denn doch das Bessere zu sein. Er schloß sich, nochmals vor dem Traualtar zu treten. Gestern hat er dem Standesbeamten die schicksalsschwere Frage mit einem deutschen „Ja“ beantwortet.

Kunst und Wissenschaft.

Die diesjährige Hauptversammlung des Ingenieur-Verbandes Aachen fand am 2. Freitag in den Räumen des höchsten Polizeikommandos statt. Die Tagung zerfiel in einen wissenschaftlichen und einen gesellschaftlichen Teil. Im ersten wurden den sachlich mit ihren Demos erschienenen Ingenieuren drei Vorträge in der besten der Hofhöhe gehalten. Dr. Müller sprach über automatische Telefonie und führte zwei Demonstrationen, welche die Firma Siemens & Halske in Berlin zur Verfügung gestellt hatte, in betriebsfähigem Zustande vor. Prof. W. H. hielt einen interessanten Vortrag über rationale Wärmerückführung, eine Frage, die ausnehmend bekanntlich von besonderer Bedeutung ist. Dr. W. H. führte die Apparatur des Radioteleskophs des Instituts vor. Der Gesamtplan seiner Darstellungen bildete die drahtlos-telephonische Verbindung mit der Hauptzentrale Königsmühlbacher bei Berlin. In dem großen Saal waren überall Schalltrichter angebracht, aus denen die Kongressmitglieder gesprochenen Worte, Vorträge, Musik, etc. eintrüben. Die diesjährige Hauptversammlung wurde in Berlin, am 12. Oktober 1920 erfolgte die Wahl zum Ingenieur-Verband Aachen, zum geschäftsführenden Vorsteher wurde beauftragt und neu in den Vorstand gewählt die Herren Wedel, Damsig, und Blum, Berlin.

Dr. Egenbrod gestorben. Wie uns aus V. A. berichtet wird, ist dort im Alter von 60 Jahren der Literarhistoriker und vortreffliche Kenner der sächsischen Literatur Dr. Egenbrod gestorben. Egenbrod, der sich auch als Uebersetzer eigener Namen gemacht hat, war Lektor an der Universität Jena.

K. Die Nationalversammlung für die deutsche Jugend, welche bereits am 2. Juni d. J. zum ersten Male wieder in Deutschland in Weimar veranlaßt werden haben, wurde am 1. März in Weimar eröffnet. Die alte Ausgabungsfrage, denn die Annahmen sind, trotz hoher Parteistreife und derselben so laublich aus allen Teilen des Reiches einzufließen, das man den so zu sehenen drei Beispielen, welche noch in die erste Klasse muß. Welt über 3000 Teilnehmer sind bereits anwesend und täglich lauten noch neue Anmeldungen ein. Schon im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse werden die meisten der Teilnehmer in Privatquartieren untergebracht. In diesen werden für jedes Quartier mit Beispielen 4 bis 5 Mark gezahlt.